

NOTTWIL | Öffentliche Verwaltung wohin? Die Zeit AG lud im Rahmen der «Zeitzeichen»-Reihe zur Podiumsveranstaltung ein

Blüht uns die Privatisierung des Gemeinwesens?

Unsere Zeit ist geprägt von tiefgreifenden Paradigmenwechsel. Schlagwörter wie Deregulierung, Privatisierung, Globalisierung und Fusionierung sind in aller Munde, stellen Bewährtes in Frage und drängen nach neuen Strukturen, in einem Ausmass, welches vor einem Jahrzehnt noch unvorstellbar gewesen wäre. Diese Bewegung geht auch an der öffentlichen Verwaltung nicht spurlos vorbei.

Gehen wir nach dem New Public Management nun vermehrt in Richtung No Public Management? Und was heisst das für den Bürger? Wohin wird sich die öffentliche Verwaltung entwickeln? Droht uns eine Privatisierung? Mit diesen Fragen beschäftigte sich die von der Zeit AG organisierte Podiumsveranstaltung am letzten Donnerstag im Seminarhotel Sempachersee in Nottwil.

«Durch Gemeindefusionen und Gründung von Regionalen Entwicklungsträgern sind wir im Begriff, die Strukturen des Staates und damit der Demokratie zu verändern», führte Ivo Muri, Inhaber der Zeit AG, in seinem Referat auf. In Deutschland beispielsweise habe sich insbesondere der Bertelsmann-Konzern darauf spezialisiert, die Verwaltung ganzer Kommunen als privater Dienstleister zu übernehmen. In seinem Statement gab Muri zu bedenken, dass die Privatisierung der öffentlichen Verwaltung die Gefahr der Monopolisierbarkeit in sich berge: «Und private Monopolisten handeln per Definition im privaten Interesse – nicht im öffentlichen Auftrag.» Einen Beitrag für handlungs- und verantwortungsfähige Gemein-



Herausforderung New Public Management und No Public Management: Es diskutierten (v.l.) Prof. Dr. rer.oec. Adrian Ritz, Max Christian Graeff, Philipp Gut, Ivo Muri und Charly Freitag.

SUSANNE KÜNSCH

den sah der Unternehmer unter anderem im Ausstieg aus parteipolitischen Geplänkel.

Gedankensprünge eines Normalverwalteten
Gedankensprünge aus einer anderen

Perspektive servierte der Buchautor und Kulturschaffende Max Christian Graeff mit seinem Vortrag «Die entseelte Stadt». «Urbane Identität und kulturelle Freiheit werden verändert, wenn Gemeinwohl als Produkt eines

Grosskonzerns anonymisiert angeboten werden», so der in der Schweiz lebende Autor mit deutschen Wurzeln. Als Politiker und Gemeindepräsident von Beromünster sprach Charly Freitag in seinem Referat das Spannungs-

feld der Ansprüche zwischen Verwaltungsorganisation und regionaler Zusammenarbeit an. Er plädierte für ein selbstregulierendes System mit Checks and Balances (gegenseitige Kontrolle von Verfassungsorganen eines Staates), Transparenz und definierte Verantwortlichkeit. Denn, so der Politiker: «Jemand muss am Schluss gerade stehen.» Zudem bringe ein gegenseitiges Messen und Vergleichen alle weiter, sprach sich Charly Freitag für «Anreiz und Wettbewerb» aus.

Beispiel Geschäftsführermodell

Das anschliessende Podium, einmal mehr moderiert von Dr. Philipp Gut, stellvertretender Chefredaktor der Weltwoche, drehte sich hauptsächlich um das Thema Demokratieverlust. Adrian Ritz, Professor für Public Management an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Bern, beurteilte die Situation als nicht ganz so düster: «Es gibt verschiedene Wege, um die Beständigkeit unserer Werte sicherzustellen, wichtig ist, dass ein Regulativ funktioniert.»

Als funktionierendes Beispiel nannte Charly Freitag etwa die Gemeinde Rothenburg, welche seit 2008 mit einem Geschäftsführer arbeitet. Das CEO-Modell trennt zwischen der strategischen und der operativen Führung. Fazit der Diskussionsrunde: Es kracht im Gebäck. Unter all den möglichen Wegen den optimalen auszuwählen, ist einmal mehr eine grosse Herausforderung.

SUSANNE KÜNSCH